

**Freiheit
und Gleichheit –**

**feindliche
Schwestern?**

Seite 3 – 6
Seite 7 – 62

Seite 63
Seite 64

Anmerkungen für die Lehrkraft
Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (28fach)
zum Thema: *Freiheit und Gleichheit – ungleiche Schwestern?*
Literaturhinweise
Internetadressen

Bestellcoupon auf S. 63/64

Zum Autor:



Dr. Eckart Thurich,
geboren in Berlin, war Hauptseminarleiter am Staatlichen Studienseminar in Hamburg und bildete dort Lehrerinnen und Lehrer aus. *Veröffentlichungen u.a.:* Thema im Unterricht Nr. 2: Parteien, Bürger und Wahlen (Neudruck 2000); Nr. 6: Bund und Länder; Nr. 10: Die öffentliche Meinung (1997), Nr. 12: Nahaufnahme Bundestag (Neudruck 2000); Informationen zur politischen Bildung Nr. 232 und 233 zur Teilung Deutschlands; Pocket Politik; außerdem verschiedene Schulbücher.

wieder lieferbar:

Thema im Unterricht extra

- Methoden-Kiste
Karteikarten, 3. Aufl. 2004
- Grundgesetz für Einsteiger und Fortgeschrittene.
Arbeitsmappe mit 32 Arbeitsblättern
und dem vollständigen Text des Grundgesetzes

Abonnieren Sie den bpb-Schulnewsletter!

→ www.bpb.de/newsletter

und erhalten Sie Informationen zu den aktuellen Publikationen, Projekten und Angeboten der bpb rund um Schule und Unterricht: vier Mal im Jahr – das gebündelte Angebot der bpb.

Themenblätter

→ www.bpb.de > Publikationen (dort auch die vergriffenen)

- Nr. 1: Menschliche Embryonen als Ersatzteillager? Bestell-Nr. 5.351 (vergriffen)
- Nr. 2: Die Ökosteuer in der Diskussion Bestell-Nr. 5.352
- Nr. 3: Bundestag/Bundesrat (vergriffen)
- Nr. 4: Demokratie: Was ist das? Bestell-Nr. 5.354 (vergriffen)
- Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn Bestell-Nr. 5.355
- Nr. 6: Deutschland, deine Inländer Bestell-Nr. 5.356 (vergriffen)
- Nr. 7: Neuer Markt: Internet und Copyright Bestell-Nr. 5.357
- Nr. 8: Zivilcourage: Eingreifen statt zuschauen! Bestell-Nr. 5.358
- Nr. 9: Pop und Politik Bestell-Nr. 5.359 (vergriffen)
- Nr. 10: Wer macht was in Europa? Bestell-Nr. 5.360 (vergriffen)
- Nr. 11: Geben und Nehmen im Bundesstaat Bestell-Nr. 5.361 (vergriffen)
- Nr. 12: Krieg oder Frieden? Bestell-Nr. 5.362 (vergriffen)
- Nr. 13: Terror und Rechtsstaat Bestell-Nr. 5.363 (vergriffen)
- Nr. 14: Erinnern und Verschweigen Bestell-Nr. 5.364 (Restauflage)
- Nr. 15: Die Osterweiterung der Europäischen Union Bestell-Nr. 5.365 (vergriffen)
- Nr. 16: Mobbing Bestell-Nr. 5.366
- Nr. 17: Religion und Gewalt Bestell-Nr. 5.367 (vergriffen)
- Nr. 18: Schule und was dann? Bestell-Nr. 5.368 (vergriffen)
- Nr. 19: Familie und Frauen-Rollen Bestell-Nr. 5.369 (vergriffen)
- Nr. 20: Der Bundestag – Ansichten und Fakten Bestell-Nr. 5.370 (vergriffen)
- Nr. 21: Hotel Mama – oder die Kunst erwachsen zu werden Bestell-Nr. 5.371
- Nr. 22: Lust auf Lernen Bestell-Nr. 5.372 (vergriffen)
- Nr. 23: Koalieren und Regieren. Bestell-Nr. 5.373
- Nr. 24: 17. Juni 1953 und Herbst '89 Bestell-Nr. 5.374
- Nr. 25: Heimat ist, wo ich mich wohlfühle Bestell-Nr.: 5.375
- Nr. 26: Bevölkerungsentwicklung und Sozialstaat Bestell-Nr.: 5.376
- Nr. 27: Aktien – Chancen und Risiken Bestell-Nr. 5.377
- Nr. 28: Globalisierung – Ängste und Kritik. Bestell-Nr. 5.378
- Nr. 29: Nationale Symbole Bestell-Nr. 5.379
- Nr. 30: Arbeitslosigkeit – Ursachen und Abhilfen Bestell-Nr. 5.380
- Nr. 31: Zuwanderung nach Deutschland Bestell-Nr. 5.381
- Nr. 32: Familienbande Bestell-Nr. 5.382
- Nr. 33: Internet-Sicherheit Bestell-Nr. 5.383
- Nr. 34: Europa der 25 – Osterweiterung der EU. Bestell-Nr. 5.384
- Nr. 35: Staatsverschuldung – Ausmaß und Folgen Bestell-Nr. 5.385
- Nr. 36: Präsidentschaftswahlen in den USA Bestell-Nr. 5.386
- Nr. 37: 20. Juli 1944: Attentat auf Hitler Bestell-Nr. 5.387
- Nr. 38: Jugendbeteiligung in der Demokratie Bestell-Nr. 5.388
- Nr. 39: Zuschauer–Demokratie? Bestell-Nr. 5.389
- Nr. 40: Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern? Bestell-Nr. 5.390
- Nr. 41: Unser Bild von Afrika Bestell-Nr. 5.391
- Nr. 42: Konjunktur und Konjunkturpolitik Bestell-Nr. 5.392

Impressum

Herausgegeben von der Bundeszentrale
für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
www.bpb.de
E-Mail der Redaktion: moeckel@bpb.de (Keine Bestellungen!)

Autor: Eckart Thurich
Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich), Sabine Klingelhöfer

Gestaltung: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
Titelbild: Ilka Helmig, Leitwerk, unter Verwendung eines Fotos von Christiane
Dick, Alfter (Schuluniformen in Brisbane, Australien)
Druck: Neef + Stumme, Wittingen

Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt.
Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt
werden.
Bei allen gesondert bezeichneten Fotos und Karikaturen liegen die Rechte nicht
bei uns, sondern bei den Agenturen.

Haftungsausschluss: Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten
nicht verantwortlich.

1. Auflage: Oktober 2004
ISSN 0944-8357
Bestell-Nr. 5.390 (siehe Bestellcoupon S. 63)

Eckart Thurich

Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern?

Liebe Frau Kollegin, lieber Herr Kollege,

Freiheit und Gleichheit, dazu Brüderlichkeit (=Solidarität) waren bekanntermaßen die Parolen der Französischen Revolution. Weniger bekannt ist vielleicht ein Kommentar des alten Goethe dazu: „Gesetzgeber oder Revolutionärs, die Gleichsein und Freiheit zugleich versprechen, sind Phantasten oder Charlatans.“¹

Max Horkheimer, führender Kopf der „Frankfurter Schule“, formulierte: „Je mehr Freiheit, desto weniger Gleichheit, je mehr Gleichheit, desto weniger Freiheit.“

Die Absicht des vorliegenden Arbeitsblattes ist es, diese Spannung zwischen Freiheit und Gleichheit Ihren Schülerinnen und Schülern anhand von Beispielen gedanklich nahe zu bringen. Dabei geht es primär nicht darum, den Wert einheitlicher Schulkleidung einzuschätzen (Beispiel Arbeitsblatt A) oder die Höhe von Managergehältern zu beurteilen (Beispiel Arbeitsblatt B), sondern um die Erkenntnis, dass mehr Freiheit zu weniger Gleichheit und mehr Gleichheit zu weniger Freiheit führen kann.

Für das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) sind „Freiheit und Gleichheit dauernde Grundwerte der staatlichen Einheit“, „oberste Grundwerte“, die beide gleichermaßen das Fundament unserer Grundordnung bilden. Diese charakterisiert das BVerfG deshalb auch als „freiheitlich demokratisch“, d.h. sowohl freiheitlich, also dem Gedanken menschlicher Freiheit verpflichtet, wie demokratisch, also dem Gedanken der Gleichheit verpflichtet (vgl. die grundlegenden Ausführungen des BVerfG zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bei Säcker* S. 102).

In der Aufklärung hat das europäische Bürgertum des 18. Jahrhunderts die Vorstellungen seiner Philosophen politisch durchgesetzt, nach denen – gegen jede Evidenz – alle Menschen gleich seien und unverlierbare Rechte besäßen, zuvörderst das Recht auf Leben und Freiheit. (Zum politischen Begriff der Gleichheit der Politikwissenschaftler Irving Fetscher: „Von keiner ernsthaften Theorie wird Gleichheit als Gleichartigkeit (Fehlen von Verschiedenheit) verstanden, sondern als Gleichwertigkeit im Sinne gleicher Würde und der gleichen Rechte (auf Leben, Arbeit, individuelle Entfaltung, politische Teilhabe usw.)“ Nohlen* S. 230)

Rechtliche und Soziale Gleichheit

Größtmögliche Freiheit für den einzelnen Menschen wurde zur zentralen Idee der politischen Bewegung des **Liberalismus**. Vordringliche Aufgabe des Staates sei es, diese Freiheit und die Selbstentfaltung seiner Bürger zu sichern, nicht zuletzt in der Wirtschaft. Gleichheit wurde lediglich als Gleichheit vor dem Gesetz verstanden. Bekanntermaßen beschwor dieses Freiheitsverständnis extreme soziale Ungleichheiten herauf. Mit der „sozialen Frage“ entstand die politische Bewegung des **Sozialismus**. Ihr ging es nicht mehr nur um die formale Gleichheit vor dem Gesetz, sondern um tatsächliche Gleichheit von Lebenschancen, in der Ausbildung, in den beruflichen Möglichkeiten, im Einkommen, in den

Wohnverhältnissen usf. Um diese soziale Gleichheit habe sich der Staat in erster Linie zu kümmern, erst sie mache wirkliche Freiheit möglich.

Die unterschiedlichen Grundüberzeugungen vom Stellenwert von Freiheit und Gleichheit und den daraus resultierenden Aufgaben des Staates haben sich – bei aller Annäherung – im Kern bis heute in den politischen Lagern erhalten. Die gegenwärtig geführten Reformdebatten bieten dafür reiches Anschauungsmaterial. Ihren Schülerinnen und Schülern sollte deutlich werden, dass jede aktuelle Forderung nach mehr Freiheit oder nach mehr Gleichheit daraufhin befragt werden muss, ob und in welchem Umfang sie gleichzeitig an anderer Stelle ein Weniger an Gleichheit bzw. an Freiheit bewirkt. Denn die Befürworter der einen oder der anderen Forderung pflegen der Öffentlichkeit diese Konsequenzen im Allgemeinen nicht vor Augen zu führen.

Hinweise zum Arbeitsblatt A

Mehr Gleichheit oder mehr Freiheit?

Wozu gleiche Kleidung am Arbeitsplatz?

Mit einheitlicher Kleidung am Arbeitsplatz wird auch in Deutschland mannigfaltig Gleichheit signalisiert, aus unterschiedlichen Motiven, mit unterschiedlichen Intentionen, freiwillig oder unfreiwillig. Auf die weißen Kittel der Krankenhausärzte verweist der Text, Ihren Schülern werden leicht weitere Beispiele einfallen: Nonnen und Mönche, Priester, Richter, Stewardessen, Soldaten, Zimmerleute, Fußballmann- und -frauenschäften, Eisenbahner, McDonalds-Bedienstete und viele andere.

Die Schulkleidung an der als Beispiel vorgeführten Hamburger Haupt- und Realschule will keine Schuluniform sein. Sie beschränkt sich auf gemeinsame Oberteile. Hosen, Röcke, Schuhe gehören nicht dazu.

Farbe und Schullogo liegen fest, ansonsten können die Schüler aus einer umfassenden Kollektion gleichwertiger Kleidungsstücke wählen. Sie sind auch in die weitere Entwicklung des Kleiderangebots einbezogen.

Sie können die Kollegin, die wesentlich dazu beigetragen hat, dass sich die Idee einheitlicher Schulkleidung an ihrer Schule durchsetzte, im Internet besuchen: www.schulkleidung.com.

¹ Goethe: Maximen und Reflexionen [Nachlass] Sämtliche Werke in 18 Bänden. Bd. 9, S. 622. Artemis/ dtv. Zürich / München 1949/1977

* Die vollständigen Literaturangaben finden Sie auf Seite 63.

Pro und Contra gleiche Schulkleidung

Gegen gleiche Kleidung wird in den abgedruckten Stellungnahmen in verschiedenen Variationen das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit vorgetragen (Art. 2 GG, mehr dazu s.u.). Die Zitate sind der von der Hamburger Behörde für Bildung und Sport herausgegebenen Zeitschrift "Hamburg macht Schule" 1/2004, S. 9 entnommen. "Leserbrief" ist ein wörtliches Zitat der dort abgedruckten Meinung des Vorsitzenden der Hamburger SchülerInnenkammer, Felix Lorenzen, 19, Gymnasium 3. Semester.

Pro-Argumente: Gleichheit schaffe Gleichwertigkeit (Ramona), Gemeinschaftsgeist (Ole), in gewissem Sinne sogar neue Freiheit (Janine), entsprechend entfielen Diskriminierung, Egozentrik, Modezwang (damit auch finanzielle Kosten), als Nebeneffekt sogar kriminelle "Abziehdellekte".

Die Argumente sind den Antworten entnommen, die die Klassensprecherin Gülistan Aydin der 9. Realschulklasse, die seit fünf Jahren Schulkleidung trägt, laut Protokoll Besuchern auf deren Fragen gab.



Schulkleidung in Hamburg (Foto: Karin Brose)

Gute Erfahrungen mit der Kleiderordnung

Unterdessen hat die Haupt- und Realschule Sinstorf sehr gute Erfahrungen mit einheitlicher Kleidung gemacht. Einer Studie Gießener Unterrichtsforscher in acht Schulklassen zufolge sorgt der einheitliche Look für ein besseres Sozialklima. Bei den Schülern sei unter anderem „höhere Aufmerksamkeit, ein höheres Empfinden von Sicherheit sowie ein generell niedriger Stellenwert von Kleidung“ beobachtet worden, teilte die Universität in Gießen am Donnerstag mit. Die zuständige Studienrätin Karin Brose sprach davon, dass die Schüler selbstbewusster und sicherer aufträten und angstfrei in die Schule kämen. „Die Schüler fühlen sich wohler und lernen auch besser“ sagte Brose. In Sinstorf laufe das Projekt seit dem Jahr 2000. In der Gießener Studie wurden zwei fünfte Klassen, eine siebte und eine achte Klasse berücksichtigt. Ihre Ergebnisse wurden mit denen von Schülern verglichen, die eine Schule ohne Kleiderordnung besuchen.

aus: DIE WELT vom 27. August 2004

Mehr Gleichheit = mehr Gerechtigkeit?

Diese Frage – wenngleich nicht im Zentrum stehend (s.o.) – könnte bei der Erörterung von Gleichheits-Implicationen (Seite A), besonders aber auch im Zusammenhang mit der Diskussion über soziale Ungleichheit (Seite B) wichtig werden. Das Beispiel der Notengebung im Fach Sport verdeutlicht, dass unter gerechtem Handeln im Rechtsstaat eben nicht verstanden wird, dass unter Negierung aller natürlichen, sachs-gesetzlichen oder sozialen Unterschiede alles gleich, sondern dass Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt wird (vgl. auch Jugendstrafrecht ungleich Erwachsenenstrafrecht). Dieser Grundsatz gilt besonders, wenn es im Sozialstaat um „soziale Gerechtigkeit“ geht. Deshalb sind z.B. – zumindest bei den direkten Steuern – die prozentualen Steuersätze für unterschiedliche Einkommenshöhen unterschiedlich hoch. Problem bleibt allerdings, was als gleich und was als ungleich definiert wird. (Gleich hohes Kindergeld auch für Millionäre?)

Das Thema Gleichheit versus Freiheit ließe sich noch an weiteren, politisch gewichtigeren Themen als der Schulkleidung durchspielen: Mehr Gleichheit in unserem Bundesstaat durch eine erweiterte Bundesgesetzgebung oder mehr Freiheit für jedes einzelne Bundesland ,z.B. die Höhe seiner ihm ohnehin zufließenden Kfz-Steuer selbst zu bestimmen? Vergleichbar: „Brüssel“ und die EU-Mitgliedstaaten. Ganz aktuell auch: Gleiche Rechtschreibung für alle oder individuelle Freiheit, z.B. „kennen lernen“, aber auch „kennenlernen“ zu schreiben ?

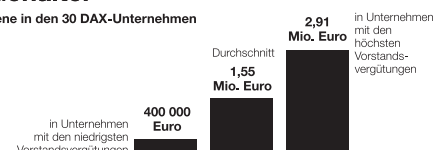
Hinweise zum Arbeitsblatt B

Mehr Freiheit oder mehr Gleichheit?

Die Höhe von Managergehältern, -prämien und -abfindungen hat in jüngster Zeit die deutsche Öffentlichkeit bewegt. Das Gehalt des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Josef Ackermann, ist dem Wirtschaftsteil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 3.8.2004 entnommen. Die im Text vorgetragene Rechtfertigung auch besonders hoher Managergehälter paraphrasiert einen Ausspruch von Ex-Mannesmann-Chef Klaus Esser (Die Welt vom 23.7.2004): „Wachstum und Arbeitsplätze sind auch das Werk begabter Unternehmerpersönlichkeiten. Denen Anreiz zu geben und dadurch Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen ist die Weisheit der Marktwirtschaft.“ Esser hat das „freie Spiel der Kräfte“ in der Marktwirtschaft im Auge, deren Theorie staatliche Eingriffe (gesetzlicher Höchstlohn) prinzipiell ausschließt.

Manager-Gehälter

auf der Vorstandsebene in den 30 DAX-Unternehmen im Jahr 2003



So hat sich das Verhältnis der Vorstandsvergütungen zu den Arbeitnehmerentgelten entwickelt (am Beispiel der Deutschen Bank)

*Lesehilfe:
Der durchschnittliche Vorstandsbezug bei der Deutschen Bank war 1990 32 Mal so hoch wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmerverdienst



© Globus

Quelle: HWWA

Ex-Daimler-Benz-Chef Reuter dagegen nannte manche Millionengehälter „unmoralisch [...], ethisch überhaupt nicht begründbar“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.7.04).

Der zitierte Art. 2 (1) GG stellt eine Art Generalklausel für die Handlungsfreiheit dar. Er verspricht nicht schrankenlose Freiheit und lautet vollständig:

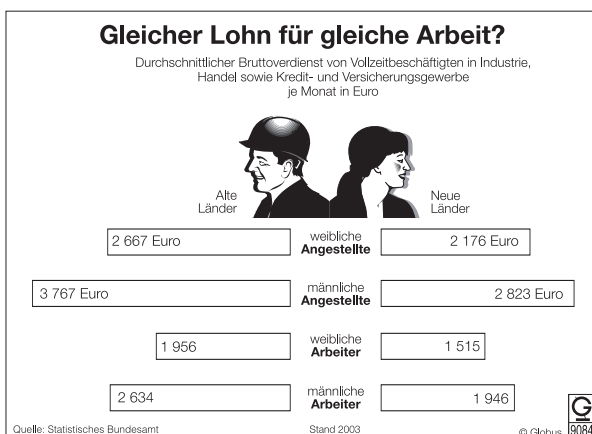
Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

Ihm folgen im Grundgesetz Grundrechtsartikel, die sich auf spezielle Formen dieser Handlungsfreiheit beziehen, z.B. auf die Religionsfreiheit (Art. 4 GG), die Meinungsfreiheit (Art. 5 GG), die Berufsfreiheit (Art. 12 GG). Art. 2(1) GG hat besondere Bedeutung auf wirtschaftlichem Gebiet. Hesselberger* kommentiert auf Seite 71:

"Es steht jedem frei, ob er sich wirtschaftlich betätigen will ('Unternehmensfreiheit'), insbesondere ob er ein Gewerbe betreiben will oder nicht ('Gewerbefreiheit') [...]. Die wirtschaftliche Freiheit enthält die Wettbewerbsfreiheit, d.h. das Recht jedes Unternehmens oder Unternehmers, mit anderen Unternehmen auf dem Markt in Konkurrenz zu treten.[...] Aus der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit folgt die Vertragsfreiheit."

Grenzen werden der allgemeinen Handlungsfreiheit gesetzt durch die „Rechte anderer“, die im Grundgesetz und in Gesetzen niedergelegt sind (= „verfassungsmäßige Ordnung“, d.h. die Gesamtheit aller Rechtsnormen) und durch das „Sittengesetz“. Dieses freilich ist starken Wandlungen unterworfen.

Es gibt noch heute Beispiele dafür, dass hochdotierte Wirtschaftsmanager „von der Pike auf“ in dem Betrieb angefangen haben, den sie jetzt führen. Allerdings öffnet inzwischen immer stärker erst eine akademische Ausbildung den „Weg nach oben“. Dass dieser aber auch für Volksschulabsolventen nicht verbaut ist, zeigen u.a. die beiden Politiker, auf die der Text anspielt, Norbert Blüm und Gerhard Schröder. Beide absolvierten nach dem Volksschulabschluss eine Lehre (Werkzeugmacher bzw. Einzelhandelskaufmann), holten fehlende Abschlüsse auf Abendschulen nach, studierten und sind schließlich Bundesminister (CDU) bzw. Bundeskanzler (SPD) geworden.



Zur Einkommenstabelle:

Bei der Tabelle nach dem Datenreport 2004 handelt es sich um Ergebnisse eines Mikrozensus. Nicht enthalten sind die Haushalte, die keine Angaben machten. Im Jahr 2002 verfügte in Gesamtdeutschland das unterste Fünftel der Einkommensbezieher über 9,3%, das oberste, „reichste“, über 36,4% des Gesamteinkommens (Datenreport 2004, S. 626). Noch wesentlich ungleicher verteilt sind die Vermögen in Deutschland.

Rainer Geißler* gibt an, dass von 1998 in Westdeutschland den privaten Haushalten „das reichste Fünftel über 63 % des Gesamtvermögens verfügt,“ (ebenda S.104).



Freiheit oder Gleichheit - Lohn nach Leistung oder Bedürftigkeit ? (Auswahlantworten)

Aussage A Individuelle Leistung wird allgemein als legitimes Verteilungsprinzip angesehen, daraus entstehende Ungleichheit akzeptiert. Statistisch unbestritten ist, dass sich eine gute Ausbildung in aller Regel auch finanziell auszahlt. Umstritten ist, wie Leistung zu messen ist und ob es eine Art von Verteilungsgerechtigkeit geben könne/müsse. Nach dem 2. Weltkrieg soll in Deutschland für Jahrzehnte eine ungeschriebene Faustformel gegolten haben, nach der Top-Manager nicht mehr als das 20-fache des im gleichen Unternehmen beschäftigten Facharbeiters verdienen. Solche Selbstbescheidung scheint – nach US-amerikanischem Vorbild – verloren gegangen zu sein.

Aussage B formuliert das Bedürftigkeitsprinzip. Ungeklärt bleibt, wer entscheidet, was ein "anständiges Leben" ist. Moderne Sozialstaaten folgen dem Bedürftigkeitsprinzip, indem sie u.a. über ihre Steuerpolitik Einkommen umverteilen. Umstritten ist, von welchem Punkt an diese Umverteilungspolitik die wirtschaftliche Dynamik einer Marktwirtschaft bremst. Zentralverwaltungswirtschaften folgen dem Bedürftigkeitsprinzip schon bei der staatlichen Festlegung der Löhne und Gehälter – mit allen Folgen abnehmender Leistungsbereitschaft, die u.a. in der DDR zu besichtigen waren.

Aussage C Diese Aussage folgt der Theorie von "Funktionalisten", nach denen eine Leistungsgesellschaft soziale Unterschiede nicht nur tolerieren muss, sondern sogar benötigt, um ihr Leistungspotenzial zu mobilisieren und Leistungsanreize zu schaffen. Einwand: Nicht alle Ungleichheiten beim Einkommen sind auf

Leistungsunterschiede zurückzuführen, es kommen z.B. auch nicht alle Leistungsfähigen überall zum Zuge. So sprechen die in der abgedruckten Tabelle ablesbaren Unterschiede zwischen den Haushaltseinkommen in den alten und in den neuen Bundesländern eher für strukturelle als für Unterschiede in individueller Leistungsbereitschaft bzw. -fähigkeit.

Heike Göbel (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.6.2004) befürwortet mit weiteren Argumenten größere wirtschaftliche Ungleichheit: „Eine größere Spreizung der Löhne [...] schafft die Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze für die vielen gering Qualifizierten. Der Preis, der für mehr Wachstum zu zahlen sein wird, ist größere wirtschaftliche Ungleichheit.[...] Die jüngste Allensbach-Umfrage erschreckt. Mehrheitlich glauben die Bundesbürger, es könne ein Land geben, in dem 'es weder Reiche noch Arme gibt, sondern Einkommen und Vermögen relativ gleich verteilt sind.' Ist die DDR-Erfahrung schon Historie? Fremd scheint der Gedanke, dass sich in einer florierenden Wirtschaft auch bei etwas größerer Ungleichheit der Einkommen letztlich alle besser stehen, weil sich das Wohlstandsniveau insgesamt hebt.“

Die beiden Schlussfragen an die Schülerinnen und Schüler sind die des Instituts für Demoskopie Allensbach (vgl. Meulemann*, S. 16). Im Sommer 2004 entschieden sich von den Westdeutschen 49 % für die Freiheit, 35 % für die Gleichheit, von den Ostdeutschen 56 % für die Gleichheit und 30 % für die Freiheit. (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.7.2004.)

Bei den jungen Ostdeutschen zeigt sich aber ein anderes Bild: Für 52% der unter 30jährigen (im Westen 43%) bedeutet Freiheit, für sich selbst verantwortlich zu sein.

Die folgende Karikatur, die das Bedürftigkeitsprinzip (s.o.) auf ihre Weise interpretiert, könnte kopiert und als stummer Impuls für einen Einstieg in das Thema, aber auch zum Abschluss zur Lernerfolgskontrolle genutzt werden. Hinweis: August Bebel (1840 - 1913) war 1869 in Eisenach Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP)

Anhang:

Die Ungleichheitskontroverse in Deutschland

Die Feststellung und Problematisierung sozialer Ungleichheit sagt zunächst nichts aus über den Grad der Akzeptanz in bestimmten Sozialgruppen bzw. Gesellschaften. Denkbar sind folgende Einstellungen:

→ Soziale Ungleichheit wird als naturgegeben (wie z.B. bei Aristoteles, aber auch bei den Sozialdarwinisten) oder als gottgewollt angesehen; ihre Feststellung führt zu keinen Veränderungen;

→ Ungleichheit wird als Form der sozialen Differenzierung erkannt und allgemein akzeptiert, solange sie nicht ständisch oder klassenantagonistisch „festgeschrieben“ ist und bestimmte gesellschaftsspezifische Toleranzgrenzen überschreitet. Sie wird z.B. durch Chancengleichheit, soziale Mobilität und die Wirkungen des Sozialstaates „aufgehoben“ und kompensiert;

→ Soziale Ungleichheit wird als ein völlig unakzeptabler gesellschaftlicher Zustand (z.B. der Ausbeutung und Unterdrückung) angesehen und kann nach Auffassung von bestimmten Personen oder Gruppen nur durch eine revolutionäre Veränderung der gesellschaftlichen Basisstrukturen aufgehoben werden.

Es ist offenkundig, dass die Bundesrepublik dem zweiten „Modell“ zuzurechnen ist und die bis zum 3.10.1990 existente DDR dem dritten, weil sie – entsprechend der kommunistischen Ideologie – das Prinzip der Gleichheit zur Basis der Gesellschaftsordnung hatte und das Prinzip individueller Freiheit nachgeordnet war.

Bernhard Schäfers, in: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik, www.bpb.de > Lexikon (Soziale Ungleichheit)



Versöhnung zwischen Arbeiterschaft und Top-Management

Zeichnung: Greizer und Lenz

Eckart Thurich

Freiheit und Gleichheit

Mehr Gleichheit – weniger Freiheit?

Schulkleidung statt Markenterror?

Am gemeinsamen Arbeitsplatz Krankenhaus kleiden sich Ärzte und Ärztinnen – um nur dieses eine Beispiel zu nennen – in der Regel einheitlich. Sollten – wenn gute Gründe dafür sprechen – Mädchen und Jungen am gemeinsamen Arbeitsplatz Schule ebenfalls einheitliche (Schul-) Kleidung tragen?

Verrückte Idee? Überhaupt nicht. In vielen Ländern ist das gang und gäbe, in Deutschland eher selten. Aber in Hamburg gibt es eine Haupt- und Realschule, in der die Schülerinnen und Schüler von Klasse 5 bis Klasse 10 gleiche Schulkleidung tragen.

Unterschiedliche Meinungen dazu:

Jens: Wer sich mit seiner individuellen Kleidung selbst darstellen will, muss überall das Recht dazu haben. „Freie Entfaltung der Persönlichkeit“! Steht schon im Grundgesetz.

Ramona: Ich fühl mich jetzt wohler. Keiner lacht mich mehr aus, weil sich meine Eltern teure Klamotten für mich nicht leisten können.

Leserbrief: Wenn einige Leute ein Problem damit haben, was andere anziehen, dann sollten sie zuerst ihre eigene Toleranz hinterfragen und dann den Dialog suchen.
Eine Unterdrückung der Individualität kann schwere Folgen haben.

Ole: Hier macht keiner mehr den Coolen wegen Markenklamotten. Alle halten zusammen.

Gülistan: Ich muss morgens nicht mehr lange vor dem Schrank stehen und meinen Auftritt planen. Ich kann nichts falsch machen. Und vor dem „Abziehen“ braucht auch keiner mehr Angst zu haben.

Janine: Eigentlich habe ich mich früher immer ziemlich von anderen abhängig gefühlt. Ich musste immer versuchen, modisch mitzuhalten. Mit Schulkleidung ist das nicht mehr so.

Eine Mutter: Bekleidungszwänge kommen im Berufsleben noch früh genug. Da sollten wenigstens Schülerinnen und Schüler noch die Freiheit behalten, sich so anzuziehen, wie sie wollen.

1. Kennzeichnen Sie die Aussagen, die für und die gegen Schulkleidung argumentieren.
2. Bilden Sie Gruppen, denen eher die Pro- bzw. denen eher die Contra-Argumente sympathisch sind.
3. Suchen Sie in Ihrer Gruppe Argumente, mit denen Sie die jeweilige Gegenseite zu überzeugen versuchen.

Mehr Gleichheit = mehr Gerechtigkeit?

Gleichheit hat viel mit Gerechtigkeit zu tun. Wie passt folgende Praxis dazu? Ist das gerecht?

Die Sportlehrer/innen eines Hamburger Gymnasiums haben sich intern verständigt, die Leistungen im 100-Meter-Lauf zu Beginn der 8. Klasse mit folgenden Noten zu bewerten:

Note	Zeit für Mädchen	Zeit für Jungen
sehr gut	14,8	14,0
gut	15,8	14,8
befriedigend	16,8	15,7
ausreichend	18,0	16,9

Bitte notieren Sie in Ihrem Arbeitsheft Antworten zu folgenden Fragen:

1. Was fällt Ihnen bei der Bewertung der Leistungen auf?

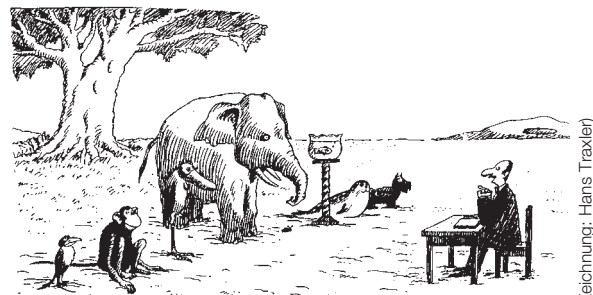
Wurde hier Artikel 3 des Grundgesetzes missachtet: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich"?

2. Wie verfahren die Lehrerinnen und Lehrer Ihrer Schule?

Gibt es einsehbar Gründe, im Sport gleiche Leistungen ungleich zu benoten?

3. Welche Schlussfolgerung lässt sich aus diesem Beispiel ziehen? Bitte kreuzen Sie an:

- Gerechtigkeit herrscht, wenn Frauen wegen ihres Geschlechts besser behandelt werden als Männer.
- Gerechtigkeit herrscht, wenn Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt wird.
- Gerechtigkeit herrscht, wenn alle gleich behandelt werden.



„Um es gerecht zu machen, bekommt ihr alle dieselbe Aufgabe. Klettert auf diesen Baum!“

(Zeichnung: Hans Traxler)

Mehr Freiheit – weniger Gleichheit?

Im Jahr 2003 verdiente der Chef der Deutschen Bank 7720000 Euro. Für das, was er in diesem einen Jahr bezog, müsste die 50jährige Krankenschwester einer Intensivstation, die im Notfall vielleicht einmal mit dazu beiträgt, sein Leben zu retten, 228 Jahre arbeiten. Ist so viel Ungleichheit in Ordnung?

Warum eigentlich nicht, sagen manche. Spitzenmanager schaffen ja Wachstum und Arbeitsplätze. Dafür muss es entsprechende Anreize geben. Außerdem hat in Deutschland jeder die Freiheit, sein Leben so einzurichten, wie er oder sie es möchte. Das Grundgesetz garantiert: "Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit." Dazu gehört auch die Freiheit, im Rahmen seiner Fähigkeiten einen beliebigen Beruf zu ergreifen (was nicht bedeutet, dass an jedem Ort in Deutschland auch die gesamte Palette der rund 350 Ausbildungsberufe zur Verfügung steht).

Nach Schulabschluss und Lehre mag der eine als abhängig Beschäftigter arbeiten, der andere wird vielleicht risikofreudi-

ger Unternehmer, um sich mit Konkurrenten im Wettbewerb zu messen. Der einen reicht der erworbene Schulabschluss, die andere bildet sich auf Abend- oder Fernschulen fort, holt das Abitur nach, studiert, ergreift einen akademischen Beruf oder geht in die Politik, wird Bundesministerin oder Bundeskanzlerin.

Dem Beruf darf sich der Workaholic mit Haut und Haar verschreiben, sich ständig weiterqualifizieren, aber ein anderer darf genauso gut den Beruf nur als Broterwerb betrachten, weil ihm im Leben andere Dinge wichtiger sind als Karriere und viel Geld auf dem Konto. Ein Leben für eine Familie mit vielen Kindern vielleicht, für die neben der Arbeit noch genügend freie Zeit bleibt.

Wie schön, dass es diese Freiheit bei uns prinzipiell gibt - aber fördert sie nicht ganz entscheidend die Ungleichheit unter den Menschen? Angefangen bei ihrem Einkommen?

Verteilung der Haushalts-Nettoeinkommen in Deutschland

pro Monat	alte Bundesländer	neue Bundesländer
unter 900 €	13,2 %	18,7 %
901 - 1500 €	23,4 %	29,8 %
1501 - 2600 €	31,9 %	33,7 %
2601 - 4500 €	20,0 %	13,3 %
4501 € und mehr	6,2 %	2,3 %

Quelle: Datenreport 2004, Schriftenreihe der bpb, Band 450, Seite 123, Stand: April 2002

1. Bitte prüfen Sie einmal, was die nebenstehende Statistik darstellt. Was sagt die Statistik aus? (Bitte ankreuzen)

Die Einkommen in Deutschland sind

einigermaßen gleich verteilt

ziemlich ungleich verteilt

2. Ist es akzeptabel, dass ungleiche Einkommen der Preis für individuelle Freiheit sind?

Kreuzen Sie an und notieren Sie bitte auch eine kurze Begründung für Ihren Standpunkt.

A Wer hart arbeitet und Werte schafft, besonders wer freiwillig mehr leistet als andere, soll auch mehr Geld verdienen.

Ich stimme zu
 Ich stimme nicht zu

B Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung des Einzelnen richten. Jeder sollte das bekommen, was er für ein anständiges Leben braucht.

Ich stimme zu
 Ich stimme nicht zu

C Nur wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind, gibt es auch Anreiz für persönliche Leistung.

Ich stimme zu
 Ich stimme nicht zu

3. Kreuzen Sie jetzt bitte an, welcher Meinung Sie insgesamt eher zustimmen.

A "Ich finde Freiheit und möglichst große Gleichheit eigentlich beide gleich wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, wäre mir die persönliche Freiheit am wichtigsten, dass also jeder in Freiheit leben und sich entfalten kann."

B "Sicher sind Freiheit und Gleichheit gleich wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, fände ich die möglichst große Gleichheit am wichtigsten, dass also niemand benachteiligt ist und die sozialen Unterschiede nicht so groß sind."

Anmerkungen:

.....

.....



Literaturhinweise

Schriften und Materialien der Bundeszentrale

(auch online unter: → www.bpb.de/publikationen)

Schriftenreihe

- Hesselberger, Dieter: Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung. 13. Aufl., Bonn 2003.
- Säcker, Horst: Das Bundesverfassungsgericht. Bd. 405, Bonn 2002. (Mit Auszügen aus grundlegenden Entscheidungen.)
- Statistisches Bundesamt: Datenreport 2004. Bd. 450, Bonn 2004.

Aus Politik und Zeitgeschichte

- B 29-30/2002: Braun, Sebastian: Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit, S. 6ff. (vergr., online verfügbar).
- B 29-30/2002: Nollmann, Gerd/ Strasser, Hermann: Armut und Reichtum in Deutschland (vergr., online verfügbar).
- B 37-38/2002: Meulemann, Heiner: Werte und Wertwandel im vereinten Deutschland, S. 13ff.

Informationen zur politischen Bildung

- Heft 269: Sozialer Wandel in Deutschland, 2000 (vergr., online verfügbar).

Weitere Literatur:

- Berger, Peter A./ Schmidt, Volker H.: Welche Gleichheit – welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung. Wiesbaden 2004.
- Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Wiesbaden 2002.
- Hradil, Stefan: Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. Wiesbaden 2004.
- Leibfried, Stephan/Leisering, Lutz u.a.: Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat. Frankfurt/Main 1995.
- Nohlen, Dieter Hrsg. : Wörtbuch Staat und Politik. München 2002.

Allgemein:

Bundeszentrale für politische Bildung

Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Tel. 0 18 88/5 15 - 0
Fax 0 18 88/5 15 - 1 13
→ www.bpb.de

Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 0 30 / 2 27 - 27453, -27969/ -0
Fax 0 30 / 2 27 - 26506
→ www.bundestag.de

Bestellcoupon

Achtung: Neue Versandbedingungen! Bis 1 kg kostenlos und portofrei, bei 1-15 kg Portobeitrag von ca. 4,60 EUR per Überweisung nach Erhalt.

Themenblätter im Unterricht, Herbst 2004

- Bestell-Nr. 5.389 _____ Nr. 39: Zuschauer–Demokratie?
Bestell-Nr. 5.390 _____ Nr. 40: Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern?
Bestell-Nr. 5.391 _____ Nr. 41: Unser Bild von Afrika
Bestell-Nr. 5.392 _____ Nr. 42: Konjunktur und Konjunkturpolitik

Weitere Themenblätter: siehe Umschlagseite 2

- Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
Bestell-Nr. _____ Exemplare _____

Alle Themenblätter im Unterricht sind auch im Internet abrufbar (Kopiervorlagen auch in schwarz-weiß)

→ www.bpb.de (Publikationen)

Neu: Thema im Unterricht extra: „Was heißt hier Demokratie?“

32 farbige Arbeitsblätter

Bestell-Nr. 5.396 _____ Exemplare

Bestell-Nr. 5.341 **Pocket** Politik _____ Exemplare

Bestell-Nr. 5.342 **Pocket** Wirtschaft _____ Exemplare

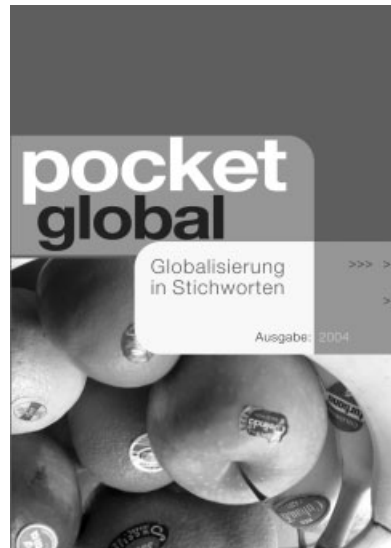
Bestell-Nr. 5.343 **Neu: Pocket** global _____ Exemplare

Achtung: Bereitstellungsgebühr 1,- Euro

Verzeichnis der lieferbaren Unterrichtsmaterialien,
Bestell-Nr. 999 (wird ca. alle 6 Wochen aktualisiert)

Timer bitte nicht mit diesem Coupon bestellen, sondern direkt über www.bpb.de/timer

Ab Dezember 2004!



Internet- und Kontaktadressen

- www.destatis.de
Seiten des Statistischen Bundesamtes.

- www.dgs-kongress.lmu.de/abstracts.htm
Vorträge des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zum Thema:
„Soziale Ungleichheit – Kulturelle Unterschiede“ (2004).

- www.paritaet.org
Seiten des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

- www.sozialberichterstattung.de
Forschungsbereich der Ruhr-Universität Bochum mit Schwerpunkt Sozialberichterstattung – mit sehr umfangreicher Linksammlung zum Thema.

- www.zes.uni-bremen.de
Zentrum für Sozialforschung der Universität Bremen.



»pocket global« Globalisierung in Stichworten

Handliches, leicht verständliches und illustriertes Lexikon für die Hosentasche mit kurzen Erklärungen zu den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundbegriffen zum Thema. Dazu gibt es Tipps und Adressen zur Informationsbeschaffung und zum eigenen Engagement. 160 Seiten.

Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn 2004
Autor: Uli Jäger, Tübingen

Zu bestellen über: → www.bpb.de

oder mit dem folgenden Coupon

Bestell-Nr. 5.343

Fax: 0 89-5 11 72 92
E-Mail: infoservice@franzis-online.de

Firma
Franzis' print & media
Postfach 15 07 40

80045 München

Lieferanschrift (nur Inland-Adressen!)

SCHULE PRIVAT

VORNAME:

NAME:

KLASSE/KURS:

SCHULE:

STRASSE:

PLZ/ORT: